



Annette Widmann-Mauz
Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin

IG Metall Reutlingen/Tübingen
Herrn Gert Bauer
Herrn Ernst Blinzinger
Reutlingen

Via Mail:
gert.bauer@igmetall.de

Berlin, den 18. Juli 2013

Bezug:
Anlagen:

Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77217
Fax: +49 30 227-76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Bürgerbüro
Am Stadtgraben 21
72070 Tübingen
Telefon: +49 7071 32588
Fax: +49 7071 33314
annette.widmann-mauz@wk.bundestag.de

Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Sehr geehrter Herr Bauer,
sehr geehrter Herr Blinzinger,

vielen Dank für die Zuleitung der „Eninger Erklärung“. Dazu nehme ich wie folgt Stellung:

CDU und CSU stehen dafür ein, dass die gesetzliche Rente auch in Zukunft stabil und sicher ist. Die erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik der unionsgeführten Bundesregierung, die zu der hohen Beschäftigungsquote in Deutschland geführt hat, trägt auch zu spürbaren Einkommenszuwächsen für die 20 Millionen Rentenbezieher bei. Die Rente folgt den Löhnen und Gehältern. So wurden die Renten ab Juli 2012 in Baden-Württemberg um 2,18 Prozent erhöht. Die Rentenerhöhung 2012 fällt damit mehr als doppelt so hoch aus wie im Jahr 2011. Ferner steigt die gesetzliche Rente zum 01. Juli 2013 in den alten Bundesländern um 0,25 Prozent. Zugleich schreitet die Ost-West Rentenanpassung weiter voran.

Zudem sind die Beiträge zur Rentenversicherung 2012 von 19,9 Prozent auf 19,6 Prozent und 2013 auf 18,9 Prozent gesunken. Damit wurden Arbeitgeber und Arbeitnehmer um jeweils 3,2 Milliarden Euro entlastet und Impulse für Wachstum und Konsum gesetzt. Auch die Rentnerinnen und Rentner werden von dieser Beitragssatzsenkung profitieren, da sie steigernd auf die Rentenanpassung zum 1. Juli 2014 wirkt. Darüber hinaus ist die Nachhaltigkeitsrücklage der gesetzlichen Rentenversicherung auf knapp 30 Milliarden Euro angewachsen. Diese hohe Rücklage gibt uns Sicherheit.

Die Reformen der letzten Jahre haben die Rente demografie- und zukunftsfest gemacht. Der 2011 gestartete „Rentendialog“ der Bundesregierung hat zudem wichtige Zukunftsimpulse für eine solide und gerechte Alterssicherung geliefert. An diesem breit angelegten, offenen Diskussionsprozess haben sich Rentenversicherung, Fachpolitiker, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Arbeitgeber sowie Akteure aus Wissenschaft



und Forschung beteiligt. Im Rentendialog wurden Entwicklungen in der Arbeitswelt und gesellschaftliche Veränderungen daraufhin untersucht, ob und welche Risiken sie für mehr Bedürftigkeit im Alter bergen, und wie ihnen begegnet werden muss.

Klar ist: Lebensleistung muss sich im Alter lohnen. Versicherte, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen oder Verwandte gepflegt und vorgesorgt haben, müssen im Alter eine auskömmliche Rente haben und dürfen nicht auf die Grundsicherung mit der damit verbundenen Bedürftigkeitsprüfung angewiesen sein. Zugleich müssen die Folgen der Bevölkerungsentwicklung fair zwischen Jung und Alt verteilt werden. Wir wollen auch zukünftig eine Entwicklung der Renten, die Rentnerinnen und Rentner verlässlich an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt, ohne der jüngeren Generation Chancen auf Entfaltung und Wohlstand zu nehmen. Schon aus Gründen der Generationengerechtigkeit, halten wir an den Rentenreformen der vergangenen Jahre fest.

Die erfolgreiche Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik von CDU und CSU hat zu stabilen und sicheren Renten geführt. Der Generationenvertrag zwischen Jung und Alt steht dadurch auf einer soliden und verlässlichen Grundlage. Darauf wollen wir aufbauen:

Eine zukunftsfeste Alterssicherung steht für uns weiterhin auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der privaten und der betrieblichen Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt dabei die tragende Säule. Wir haben sie gesichert, indem wir die Rente mit 67 beschlossen haben. Bis 2029 werden wir sie schrittweise einführen. Zugleich werden wir das Lebensleistungsprinzip in der Rente weiter stärken: Wer 40 Jahre versichert ist und privat vorgesorgt hat, soll einen Zuschuss zur Rente auf 850 Euro erhalten. Die Leistung von Menschen, die Kinder erzogen oder/und Angehörige gepflegt haben, wollen wir dabei in stärkerem Maße anerkennen.

CDU und CSU haben die Kindererziehungszeit in der Rente eingeführt und schrittweise verbessert. Ab 2014 wollen wir für alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung berücksichtigen. Das entspricht bei zwei Kindern durchschnittlich 650 Euro mehr Rente im Jahr.

Ebenso wollen wir die Zeiten der Pflege in der gesetzlichen Rentenversicherung besser berücksichtigen. Wer einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen begleitet, betreut und



pflegt, leistet einen großen mitmenschlichen Dienst, den wir besser anerkennen wollen.

Wir wollen weiter dafür sorgen, dass Lebensleistung sowie private und betriebliche Vorsorge durch Freibeträge im Alter erhalten bleiben. Wer für sein Alter vorgesorgt hat, muss aufgrund dieser Vorsorge besser dastehen, als jemand der nicht entsprechend vorgesorgt hat. Damit können auch Geringverdiener eine auskömmliche Rente aus eigener Kraft beziehen.

Immer mehr ältere Menschen wollen auch im Rentenalter beruflich aktiv bleiben. Das wollen wir unterstützen, nicht zuletzt, weil unsere Wirtschaft auf erfahrene Fachkräfte angewiesen ist. So wollen wir Verbesserungen für ältere Menschen beim flexiblen Übergang in den Ruhestand erreichen. Hierfür wollen wir die Hinzuverdienstregelungen bei vorgezogenen Altersrenten weiterentwickeln.

Bezieher von Erwerbsminderungsrenten werden wir mit einer spürbaren Erhöhung ihrer Rentenansprüche besser stellen und ihnen damit eine sichere Versorgung ermöglichen. Die Beschäftigungsmöglichkeiten älterer Menschen wollen CDU und CSU durch bessere Gesundheitsleistungen und darüber hinaus durch eine bessere Anpassung der Rehabilitationsleistungen an den sich verändernden Altersaufbau unserer Gesellschaft fördern.

In Deutschland gibt es rund 2,6 Millionen Selbstständige ohne Angestellte. Viele von ihnen sind oft nur unzureichend für das Alter oder Krankheitsfälle abgesichert. Wir wollen ihren sozialen Schutz verbessern und eine Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind. Dabei sollen sie zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen Vorsorgearten wählen können. Wir werden Lösungen entwickeln, die auf bereits heute selbstständig Tätige Rücksicht nehmen und Selbstständige in der Existenzgründungsphase nicht überfordern.

Unser Land braucht einen menschlichen Sozialstaat und eine starke Soziale Marktwirtschaft mit fairen Löhnen und sicheren Renten. Dafür werde ich mich auch in Zukunft einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Annette Widmann-Mauz MdB